

=====

DER HAUPTFEIND EINES JEDEN VOLKES STEHT IM EIGENEN LANDE!

(Karl Liebknecht)

DER SPARTAKIST

ORGAN DER INTERNATIONALEN KOMMUNISTEN ÖSTERREICH'S
(Sektion der Vierten Internationale)

Juli 1954

Nr. 83

Preis S 2.-

DER IV. WELTKONGRESS DER IV. INTERNATIONALE

Die IV. Internationale, die 1938 von Leo Trotzki gegründet wurde, hat ihren IV. Weltkongress in Italien anfangs Juli 1954 abgehalten. Dieser Kongress stellte einen großen Erfolg dar, da sich auf ihm Delegierte aus 21 Ländern, die von allen Kontinenten gekommen waren, versammelten.

Die wichtigsten Dokumente +), die auf dem Kongress angenommen wurden, analysieren im einzelnen die internationale Lage, die Verschärfung der Krise des kapitalistischen Systems, den Aufstieg der kolonialen Revolution, die seit dem Tode Stalins in der SU und in den anderen kapitalistischen Ländern eingetretenen Veränderungen und ihre Dynamik, die gegenwärtige Situation der internationalen Arbeiterbewegung und die Aufgaben der marxistisch-revolutionären Tendenz, die durch die IV. Internationale repräsentiert wird.

Die politischen Schlußfolgerungen des Kongresses werden in einem Manifest zusammengefaßt, daß sich an die Proletarier und an die Kolonialvölker wendet, damit sie mit wachsendem Vertrauen in die bereits begonnenen Endkämpfe eintreten, um den Weltsieg des Sozialismus zu sichern. Dieser Sieg wird ebenso unausweichlich bedeuten, daß die stalinistischen bürokratischen Deformierungen der proletarischen Macht in der SU und in den anderen antikapitalistischen Ländern verschwinden werden und der Teil der internationalen Arbeiterbewegung, der noch von der sowjetischen Bürokratie kontrolliert wird, von den bürokratischen Fesseln befreit wird.

10. Juli 1954

Das Internationale Sekretariat.

+) Die auf dem Weltkongress beschlossenen Resolutionen und das Manifest werden so rasch als möglich übersetzt und in den nächsten Nummern des "Spartakist" veröffentlicht werden. Es wird zu den wichtigsten Aufgaben unserer Organisation gehören, uns in den nächsten Monaten ausführlich mit den Ergebnissen des Weltkongresses zu befassen. Hand in Hand mit der Veröffentlichung der Dokumente des Weltkongresses wird daher auch die Diskussion über die wichtigsten vom Weltkongress aufgeworfenen Fragen gehen müssen. (Die Red.)

SP-BETRIEBSRÄTE GEGEN SP-FÜHRUNG

Laut Index des Wirtschaftsforschungsinstitutes liegen die Preise im heurigen Frühjahr um 10% höher als vor einem Jahr. Den größten und für die Massen spürbarsten Anteil an den Preissteigerungen haben die Fleisch- und Gemüsepreise.

Bereits seit Mitte April herrscht in den Betrieben Unzufriedenheit über diesen neuerlichen Raub am Reallohn. Diese Unzufriedenheit wurde zur Unruhe, ja teilweise zur Erbitterung, als sich der "Kampf" der SP-Bürokratie gegen die Preisoffensive der Kapitalisten nur auf Reden und Schreiben beschränkte. Dort, wo sie einem größeren Druck begegneten, empfahlen sie den Arbeitern die Entsendung von Delegationen in das Landwirtschafts- und Handelsministerium. Aber auch durch diese Interventionen bei der CV-Kamarilla gingen die Preise nicht herunter. Es kam zu Warnungsstreiks in einigen Betrieben in Wien und in der Provinz. In Betriebsversammlungen und in Resolutionen wurden ernste Kampfmaßnahmen von der Gewerkschaftsführung verlangt. In vielen Betrieben wurde die Einberufung einer Betriebsrätekonferenz gefordert. Am 21. Juni kam es zu einem Generalstreik in Salzburg; an einer Demonstration nahmen 15.000 Arbeiter teil. Auch in anderen Orten in der Provinz kam es zu Protestkundgebungen.

Weit davon entfernt, die Führung in diesen Kämpfen zu übernehmen und sie zu vereinheitlichen, versuchte die SP-Bürokratie, wo sie nur konnte zu bremsen. So brachte z.B. die "A.Z." kein Wort von der Salzburger Demonstration.

Obwohl das Abbremsen von Bewegungen in den Massen zur wichtigsten politischen Aktivität der SP-Bürokraten zählt, so hatten sie diesmal noch einen ganz besonderen Grund dazu. Sie standen in den letzten Wochen mitten in einer wichtigen Packelei mit der ÖVP. Es wurden in monatelangen Verhandlungen verschiedene Gesetzesänderungen und -verlängerungen ausgehandelt. Die Führung war besonders an der Rentenreform und an Wohnbaugesetzen interessiert, die ÖVP an verschiedenen Gesetzen (darunter das Schilling-Eröffnungsbilanzgesetz), die eindeutig die Kapitalisten begünstigen. Eine Voraussetzung für das "Gelingen" dieser Verhandlung war, daß die SP-Führung dafür sorgte, daß diese "wichtigen Verhandlungen", von deren Ausgang unter Umständen das Schicksal der Koalition abhing, nicht "gestört" werden.

Nun, die Verhandlungen wurden nicht wesentlich gestört und sie endeten, wie die "A.Z." laut verkündet, mit "der erfolgreichen Durchsetzung der sozialistischen Auffassungen". Um über diese "Erfolge" berichten zu können, berief die SP-Führung in den Gewerkschaften eine Konferenz der sozialistischen Betriebsratsobmänner von Wien und Niederösterreich am 28. Juni ein.

Auf der Tagesordnung dieser Konferenz standen Berichte von Olah und eines Sozialversicherungs-Fachmannes über "das Ergebnis der Parteiverhandlungen über Rentenreform, Wohnbauförderung und das Zehn-Milliarden-Programm für Investitionen". Die SP-Bürokratie ist von folgender Überlegung ausgegangen: "Wir haben in den letzten Wochen sehr viel an Autorität verloren. Wenn wir nun die Betriebsrätekonferenz zu dem Zwecke einberufen, um über unsere Erfolge berichten zu können, dann treffen wir zwei Fliegen auf einen Schlag: Wir erfüllen die Forderung nach einer Konferenz und unsere Autorität bei den Betriebsräten wird, wenn sie unseren Bericht gehört haben, wieder hergestellt sein."

So oder so ähnlich dürften die Überlegungen der SP-Bürokraten bis vor dem Beginn der Konferenz gewesen sein. Der Verlauf der Konferenz hat sie gezwungen, sich einzugeben, daß sie falsch waren.

Die Konferenz begann unter dem Vorsitz von Böhm. Dieser hatte es nicht für notwendig befunden, wie es üblich ist, über die Tagesordnung abstimmen zu lassen. Er erteilte Olah sofort das Wort. Dieser berichtete nun über das Ergebnis der Parteienverhandlungen. Wir wollen hier nicht auf die einzelnen "Erfolge der SP-Politik" eingehen, obwohl eine Analyse der parlamentarischen "Erfolge" der SP sehr aufschlußreich für die Einschätzung der Lage des Klassenkampfes sein kann. Wir wollen uns auf den Gang der Konferenz konzentrieren.

Selbst Olah konnte in seinem Referat, dessen Titel auch "Reden wir von etwas anderem" hätte sein können, nicht umhin, kurz auf die die Betriebsräte brennend interessierende Preisfrage rhetorisch einzugehen. Ob er dies aus schlechtem Gewissen oder aus "taktischen" Erwägungen getan hat, läßt sich nicht feststellen. Die "lebhafte Zustimmung" (laut "A.Z.") muß ihm jedenfalls sofort gezeigt haben, daß er damit selbst die Frage der Konferenz angeschnitten hat.

Als erster Debattenredner meldete sich ein Metallarbeiter, der entschlossene Kampfmaßnahmen gegen die Preistreiberei verlangte. Er stellte den Antrag, am 2.VII. einen einstündigen Warnungsstreik durchzuführen. Mit diesem Antrag hatte er endgültig das Stichwort für die Konferenz gegeben, ihrer Unzufriedenheit mit der Führung freien Lauf zu lassen. Fast alle Diskussionsredner unterstützten den Antrag und kritisierten gleichzeitig die am Podium und in den ersten Reihen sitzenden Führer der SP-Gewerkschaftsfraktion und nicht immer mit sehr sanften Ausdrücken. Sie wurden von zustimmenden Beifall der Konferenz unterstützt.

Ein Betriebsrat von Siemens-Schuckert schlug vor, dem Verhandlungskomitee, in dessen Namen Olah seinen Bericht gebracht hatte, den Dank auszusprechen. Die "A.Z." hatte in ihrem Konferenzbericht an dieser Stelle "vergessen", die Pfuirufe und die Mißfallensäuerungen neben dem üblichen "Beifall" zu vermerken.

Der Reigen derjenigen, die Kampfmaßnahmen gegen die Preistreiberei von der verdutzten Führung verlangten, wurde nur unterbrochen durch einen Antrag auf Schluß der Debatte und Abstimmung über den Antrag des Metallarbeiters.

Von diesem Zeitpunkt an war es den SP-Bürokraten klar, daß es nicht mehr darum ging, sich ihre Autorität bestätigen zu lassen, sondern daß es im Augenblick nur darum ging, mit bürokratischen Tricks ihr bereits sehr beschädigtes Ansehen zumindest formell, zu behaupten.

Nachdem der Antrag auf Schluß der Debatte und sofortige Abstimmung über den Antrag, am 2.VII. einen einstündigen allgemeinen Warnungsstreik durchzuführen, angenommen worden war, übergang Böhm diese Willensäußerung der Konferenz und erteilte Olah das Schlußwort.

Diesem blieb nichts anderes übrig, als den Antrag, dem Verhandlungskomitee den Dank auszusprechen, zurückzuweisen. Er mußte dies in der entstandenen neuen Lage tun, obwohl die Annahme dieses Antrages, nach der ursprünglichen bürokratischen Regie, der Höhepunkt der Konferenz hätte sein sollen. Weiters brachte Olah zur "Entlastung" einen eigenen Antrag ein: "Der Gewerkschaftsbund soll ermächtigt werden, die Einstellung der Viecheinläufen und die Rückführung der Preise zu verlangen. Werden diese Forderungen nicht erfüllt, dann wird der Gewerkschaftsbund beauftragt, gewerkschaftliche Maßnahmen zu ergreifen und Preissteigerungen durch Lohnforderungen wettzumachen."

Der Sinn dieses Vorgehen Olahs liegt klar auf der Hand: Dem Antrag, konkrete Kampfmaßnahmen zu einem festgesetzten Termin zu beschließen, sollte die Spitze abgebrochen werden. Auf keinen Fall sollte beschlossen werden, einen allgemeinen Kampf auszulösen, denn gerade in dieser

Richtung dürfte die SP-Führung konkrete Verpflichtungen gegenüber der ÖVP eingegangen sein. Auch den meisten Anwesenden war der Sinn des Antrag Olahs klar: Es sollte wieder einmal vom Kampf geredet, aber in Wirklichkeit nichts gemacht werden. Eine Reihe von Betriebsräten hatte die Situation sofort erfaßt und rief Olah zu, er möge einen Termin stellen. Einen Termin müsse er ablehnen, sagte Olah, da dies die Handlungsfreiheit der Führung beeinträchtige.

Böhm ließ nun über den Antrag Olah zuerst abstimmen, ohne auch nur der Konferenz einen Vorschlag über das bei der Abstimmung einzuschlagende Verfahren zu machen. Diesen offensichtlichen Trick konnte er nur unter heftigstem Protest eines großen Teiles der Konferenzteilnehmer durchführen. Er ließ durch Händeheben abstimmen und erklärte den Antrag Olahs für angenommen. Erst nachdem die Konferenz diesen offensichtlichen Betrug nicht zur Kenntnis nahm, bestimmt er einige Trabanten als Stimmenzähler. Einen Vorschlag, mit Stimmzettel abzustimmen, wies er zurück.

Das von einem großen Teil der Anwesenden angezweifelte Ergebnis der "Abstimmung" lautete 420 Stimmen für und 380 gegen den Antrag Olahs. Über den Antrag, am 2.VII. einen Warnungsstreik durchzuführen, wurde nicht mehr abgestimmt, da Böhm erklärte, daß mit der Annahme des ersten Antrages der zweite abgelehnt wurde. Böhm schloß die Konferenz und verließ, von heftigen Protestrufen verfolgt, das Podium.

Die Unzufriedenheit der SP-Betriebsräte mit ihrer Führung ist schon öfters auf Konferenzen zum Ausdruck gekommen. Aber die Schwierigkeiten der SP-Bürokratie, mit dieser Unzufriedenheit fertig zu werden, waren noch nie so groß wie diesmal. Zum ersten Mal versagte die bürokratische "Vorbereitung". Die SP-Betriebsräte haben durch ihr Auftreten die vorbereitete Dankeskundgebung in eine Protestkundgebung gegen die Politik der SP-Bürokratie verwandelt.

Die SP-Betriebsräte, die zum Teil selbst unter dem Druck der Arbeiter in den Betrieben stehen, gehören zu den fortgeschrittensten Funktionären in der SP. Ihre Unzufriedenheit mit der reformistischen Politik ihrer Führung bringt diese in ein gefährliches Dilemma: sie wird auf die Dauer nicht imstande sein, gleichzeitig die Forderungen der Arbeiterklasse zu befriedigen und ihre Rolle in der kapitalistischen Regierung weiterzuspielen. Selbst die besonderen Bedingungen in Österreich, unter denen der Reformismus nach 1945 einen Wiederaufstieg erlebte, werden auf die Dauer (besonders bei einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage), nicht imstande sein, die Bildung von ernsten oppositionellen Tendenzen innerhalb der SPÖ zu verhindern.

DIE REVOLUTION IN GUATEMALA

Von Ismael FRIAS

Vorbemerkung der Red. - Nachstehend veröffentlichten wir einen von Gen. F r i a s im März d.J. verfaßten Artikel, erschienen in "Quatrième Internationale" Nr. 3-5 (März-Mai) 1954. Unterdessen hat der USA-Imperialismus Guatemala brutal überfallen und die Regierung Arbenz gestürzt. Unter dem Deckmantel der "Wiederherstellung der Demokratie" hat eine konterrevolutionäre Militärclique die Macht an sich gerissen, unter direkter Patronanz der USA. Ihre ersten Schritte kennzeichnen die neue Regierung: Erschießung von Gewerkschaftsfunktionären und Streikführern; Verbot der KP ("Partei der Arbeit"); Beschränkung des Wahlrechtes auf

die des Lesens und Schreibens Kundigen, d.h. Ausschluß der über-großen Mehrheit der Bevölkerung vom Wahlrecht. Die Rückgängigmachung der von der Regierung Arbenz unter dem Druck der revolutionären Massen eingeleiteten Agrarreform ist eines der Hauptziele der USA-Aktion. Diese Reform hat nämlich die Profitinteressen der United Fruit Company, des größten Bodenbesitzers in Guatemala, angetastet. Es werden also die Profite der United Fruit Company wiederhergestellt, nicht die Demokratie.

Die konterrevolutionäre Aktion des USA-Imperialismus hat überdies zum Ziel, der aufsteigenden revolutionären Bewegung in Lateinamerika eine Niederlage beizubringen. Natürlich stellt die Regierung Arbenz keine "kommunistische Gefahr" für die USA dar - das glaubt in vollendetem Niedertracht nur O. Pollak, der sich nicht scheut, die den Profitinteressen der Bananen- und Kaffee-monopolisten der USA dienende brutale Aktion damit zu rechtfer-tigen. Die aufsteigende revolutionäre Massenbewegung in ganz Lateinamerika stellt aber einen Faktor dar, der die Position des USA-Imperialismus dort ernsthaft zu bedrohen imstande ist. Deshalb galt der brutale Schlag des Imperialismus nicht nur Guatemala: er galt der aufsteigenden Revolution in ganz Lateinamerika. Die Rechnung des Imperialismus wird jedoch nicht aufgehen; wahrscheinlich nicht einmal in Guatemala. Der Widerstand der Massen scheint zu wachsen; ein neuer Ausbruch des Bürger-krieges ist nicht ausgeschlossen. Heute ist eine andere Epoche angebrochen, als vor 20 und 30 Jahren. Heute wirken sich selbst die kurzen Siege des Imperialismus gegen ihn aus: sie stacheln die revolutionäre Wut der Massen nur noch an. Im Endergebnis wird sich der USA-Imperialismus einer Vertiefung und weiteren Ausbreitung der Revolution in Lateinamerika gegenübersehen. - Unsere Aufgabe ist es, überall den wahren Charakter der USA-Aktion aufzuzeigen und die Arbeiter zur brüderlichen Solidarität mit den Massen von Guatemala aufzufordern. - Die Red.

+

Die guatemaltekische Revolution gegen den USA-Imperialismus zu verteidigen, ist eine Pflicht für alle revolutionären Marxisten und die Arbeiterorganisationen der ganzen Welt, vor allem Lateinamerikas. Die wirksamste Form dieser Verteidigung ist der revolutionäre anti-kapitalistische Kampf im eigenen Lande. Aber es ist notwendig, die Arbeiterschaft für besondere Aktionen der Solidarität gegenüber dem guatemaltekischen Volk zu mobilisieren: Protestkundgebungen, Streiks, Boykott, und, im Falle einer imperialistischen Intervention, die Organisierung internationaler Brigaden. Überdies auferlegen uns der Weltcharakter des Klassenkampfes und die Traditionen des proletari-schen Internationalismus noch eine andere Aufgabe: Studium der Er-fahrungen der guatemaltekischen Revolution; Hilfe bei der Schaffung einer proletarischen Avantgarde in Guatemala und Mitarbeit bei der Ausarbeitung ihres Programms, ihrer Strategie und ihrer Taktik.

Eine nordamerikanische Halbkolonie

Guatemala ist in erster Linie ein Agrarland. Gegenüber 821 in-dustriellen Unternehmungen gibt es 1327 landwirtschaftliche. Nur 11.4% der aktiven Bevölkerung arbeitet in der Industrie, gegenüber 78.9% in der Landwirtschaft. Im Handel sind 10.07% beschäftigt. Es gibt 30.056 industrielle Arbeiter und 210.351 Landarbeiter.

Dieses kleine Bauernland ist einer der rückständigsten Länder Lateinamerikas. 72.3% der Bevölkerung sind Analphabeten. Die Massen

leben im Elend. Der Durchschnittslohn eines Industriearbeiters beträgt 0.85 Quetzals, der eines Landarbeiters 0.26 Quetzals. Wir können uns eine Vorstellung von der Armut der Bevölkerung machen, wenn wir wissen, daß 75.8% barfuß gehen!

Für den amerikanischen Imperialismus ist Guatemala eine billige Rohstoffquelle und ebenso ein Käufer amerikanischer Waren und Anlagemarkt für amerikanische Kapitalien. Im Jahre 1952 hat Guatemala für 87,462.689 Quetzals exportiert und importiert für 75,721.563 Quetzals. In diesen Beträgen stecken ein Export nach USA in der Höhe von 72,855.122 Quetzals, ein Import aus USA in der Höhe von 47,647.829 Quetzals. Die "United Fruit Company" besitzt das Monopol der Ausbeutung an den beiden Hauptprodukten des Landes: Kaffee und Bananen. Gemäß einem Agrarabkommen vom März 1931 war die United Fruit Co. befreit von der Bezahlung der Ladegebühren, der Lotsen- und Leuchtturmgebühren für seine Seetransporte von Waren und Material; sie brauchte auch keine Export- und Importsteuern bezahlen noch irgendeine andere Steuer. Sie hatte das Recht auf Gratisbenutzung von Boden und Baumaterialien. Sie genoß die volle Autonomie in der Organisierung, Reglementierung und Verwaltung ihrer Hafenanlagen, Eisenbahnen und landwirtschaftlichen Unternehmungen, ohne jede Einmischung des Staates. Schließlich hat sie sich ausbedungen, daß diese sogenannte Konvention auf 50 Jahre abgeschlossen wird. 1936 befreite eine neue Konvention die United Fruit Co. von der einzigen Verpflichtung, die sie im Austausch für die enormen Konzessionen eingegangen war: vom Bau eines Hafens an der pazifischen Küste. Man hat berechnet, daß 1950 das Kapital der United Fruit Co. 300 Millionen Dollar betragen hat. Im gleichen Jahre betrugen ihre einbekannten Gewinne 66,159.575 Dollar. Von den 820.2 km an Eisenbahnschienen gehören 749.1 km der United Fruit Co. die restlichen 71.1 km besitzt der Staat. Die drei größten Häfen des Landes sind ausländisches Eigentum: Porto Barrios gehört der United Fruit Co., San Jose der I.R.C.A., und Camperico der Grace Line. Die Electric Bond and Share und die American Power Company monopolisieren die Elektrizitäts- und Krafterzeugung: beide sind Tochterfirmen der United Fruit Co.

Die revolutionäre Bewegung der Massen

Aber Guatemala ist etwas mehr als eine amerikanische Halbkolonie: es ist eine nordamerikanische Halbkolonie, die ihre anti-imperialistische Revolution begonnen hat.

Der siegreiche Streik und der Volksaufstand vom 20. Oktober 1944 und der Wahltriumph Juan Jose Arevalos sechs Monate später, waren Äußerungen des revolutionären Aufstiegs, der sich in ganz Lateinamerika vollzog. Gleichartige Massenbewegungen in dieser Epoche haben Villaröel in Bolivien, Betancourt in Venezuela, Bustamente in Peru, Peron in Argentinien usw. an die Macht getragen. Warum wurde aber die von den Massen eingesetzte Regierung in Guatemala in den folgenden Jahren nicht gestürzt wie beinahe in allen anderen Ländern? Das hat seine Ursache in dem außerordentlichen revolutionären Dynamismus der guatemaltekischen Arbeiter und Bauern, die nacheinander 29 reaktionsäre Aufstände abgewehrt haben. In A new Day in Guatemala sagt Samuel Guy Imman mit Recht: "Es war die organisierte Arbeiterbewegung, die Präsident Arevalo ermöglichte, seine 6 Jahre zu machen." In der gleichen Broschüre berichtet Imman, daß während des größten reaktionsären Aufstandes, der sich nach dem Attentat des Obersten Federico Arana entwickelte, 3000 mit Gewehren bewaffnete Arbeiter die Rebellen nach drei Tagen zwangen, sich zu ergeben.

Die heutige Lage unter der Regierung Jakob Arbenz wurde sehr klar von Robert M. Hallett in Christian Science Monitor vom 8.I.1953 geschildert. Wir lesen in diesem Organ: "Die Parteien, die die Regierung Arbenz unterstützen, haben eine wenig solide Basis. Sie sind von unsicherer Loyalität und durch innere Rivalitäten zerflossen. Sie stellen keine feste politische Basis dar. Die einzigen soliden Kräfte sind die der Arbeiterbewegung und der Kommunistischen Partei, die gegenwärtig identisch sind. Mit einfachen Worten gesagt: die Regierung kann sich nicht halten ohne die Unterstützung der Arbeiterklasse, die unter der Fahne der Allgemeinen Arbeiterkonföderation von Guatemala (C.G.T.G.) vereinigt ist."

Die revolutionäre Bewegung der Bauern war es, die der Regierung das Gesetz über die Agrarreform entrissen hat. Der gegenwärtige Prozeß der Bodenaufteilung ist daher eine noch unvollständige revolutionäre Umwandlung der ländlichen Eigentumsverhältnisse, begonnen und fortgeführt durch die Bauern selbst im Bündnis mit dem städtischen Proletariat. Wir kommen auf diese Frage noch zurück.

Die Zusammenfassung der Arbeiterklasse Guatemalas in der Allgemeinen Arbeiterkonföderation von Guatemala (C.G.T.G.) und die großen Streiks der letzten Jahre, wie der Eisenbahner (1951), der Arbeiter von Tiquisate, der Hafenarbeiter von Puerto Barrios, der Arbeiter der Pan American Airway, der Bananenarbeiter des Nordens usw., vervollständigen das Bild des revolutionären Aufstiegs der Massen von Guatemala.

Die Agrarreform

Werfen wir rasch einen Blick auf die Lage in der Landwirtschaft Guatemalas vor der eingeleiteten Agrarreform.

Bis zum 17. Juni 1952, dem Datum der Bekanntmachung des Dekrets 900, besaßen bloße 2,2% der Bodenbesitzer mehr als 70% des Bodens. Aber 76% der Bodenbesitzer besaßen weniger als 10% des Bodens! 22 Großgrundbesitzer besaßen 528.000 Hektar, während 259.000 Kleinbesitzer über nicht mehr als 327.000 Hektar verfügten. Die armen Bauern waren Opfer des schamlosesten Wuchers. Eine von Joaquin Noval durchgeführte Erhebung stellte fest, daß die gesetzlichen Zinssätze in gewissen Gebieten bis 35% monatlich, ja, in einigen Fällen sogar bis monatlich 175% betragen. Diese Ziffern geben uns eine Vorstellung von der Hölle, in der das bäuerliche Leben in Guatemala verlief.

Die revolutionäre Umwandlung des Landes hat erst begonnen: ein Jahr nach Beginn der Agrarreform hat man 296.000 Hektar nationales Eigentum (früheres deutsches Eigentum, nationalisiert während des 2. Weltkrieges) und 151.000 Hektar privates Eigentum – gegen Entschädigung, bezahlt in "Gutscheinen der Agrarreform" – verteilt. Davon hatten insgesamt 110.000 Bauern den Vorteil. Von den 119.600 Hektar, 19 Ar und 39 Centiar im Eigentum der United Fruit Company sind 83.929 Hektar, 24 Ar und 74 Centiar Boden, den sie brach liegen gelassen hatte, enteignet worden. Natürlich gegen Entschädigung in Bons.

Der erste Artikel des Gesetzes erklärt, daß die Agrarreform "zum Ziel hat die Beseitigung des feudalen Eigentums auf dem Lande sowie der feudalen Produktionsbeziehungen, die damit verbunden sind, die Unterdrückung der kapitalistischen Ausbeutungsformen und -methoden in der Landwirtschaft und die Vorbereitung des Weges zur Industrialisierung Guatemalas". Welch eine Utopie, dies alles innerhalb des kapitalistischen Systems und der imperialistischen Epoche erreichen zu wollen! Aber das Gesetz ist inkonsequent bis in die Schlußfolgerungen der Utopie: Artikel 10 nimmt von der Enteignung aus "ländliche Grundstücke bis 90 Hektar, 25 Ar und 13 Centiar (2 Caballerien), ob sie

nun bebaut sind oder nicht", und ebenso "die ländlichen Grundstücke von mehr als 90 Hektar, 25 Ar und 13 Centiar (2 Caballerien) und unter 200 Hektar, 75 Ar und 40 Centiar (6 Caballerien), von welchen zwei Drittel kultiviert sind". Außerdem bleibt der Bodenbesitz der United Fruit Company ausgenommen von der Enteignung gemäß Absatz "D", nach welchem ausgenommen ist "aller Boden, jeglichen Eigentums oder Verpachtung, auf welchem landwirtschaftliche Unternehmungen für die technische oder wirtschaftliche Kultur von Kaffee,....., Bananen,..... oder anderen Artikeln betrieben werden, deren Produktion bestimmt für die Befriedigung des Bedarfes des inneren oder äußeren Marktes ist".

Wie wir oben sagten, die Bauern haben die Agrarreform begonnen und die Tendenz gezeigt, sie vermittels ihrer eigenen Mittel bis zum Ziele zu führen. Beweis dafür ist die folgende Nachricht, veröffentlicht im Christian Science Monitor am 23. Jänner 1953: "Voller, Guatemala. Die Polizei gibt bekannt, daß mit Messern bewaffnete Bauern im Südwesten des Landes, das Gesetz über die Agrarreform in der Hand, sich des bebauten Bodens bemächtigt haben. Man hört, daß ungefähr 400 Landarbeiter, bewaffnet mit Säbeln, in der Zone von Asuncion Mita, nahe an der Grenze von Salvador, Besitz vom Boden ergriffen haben." Fälle wie die hier geschilderten haben sich seither dutzendemal wiederholt.

Die Bourgeoisisie und die Regierung

Die Regierung Arbenz ist eine bürgerliche Regierung. Es ist wichtig, in dieser Frage jede Konfusion zu vermeiden, um zu verstehen, was in Guatemala vorgeht. Jose Manuel Fortuny, Generalsekretär der KP (jetzt: "Guatemaltequische Partei der Arbeit"), anerkennt in seinem Bericht über die Tätigkeit des Zentralkomitees am 2. Kongreß der Partei, "daß die Regierung Arbenz..... eine Regierung der nationalen Bourgeoisisie und des Kleinbürgertums ist, die den nationalen Interessen der Bourgeoisisie dient und ihre revolutionäre Aktion gegen den Feudalismus leitet" (11. Dez. 1952). Was Fortuny mit Schweigen übergeht - und was er als Stalinist nicht anders als mit Schweigen übergehen kann - ist, daß die einheimische Bourgeoisisie weit entfernt davon ist, ihre eigene Regierung voll zu unterstützen, vor allem, was deren revolutionäre Maßnahmen anbelangt, die sie unter dem Massendruck zu sanktionsieren gezwungen ist, und vor allem auch hinsichtlich ihrer Anstrengungen, sich auf diese Massen zu stützen, um dem Imperialismus Widerstand zu leisten. Die Regierung Arbenz ist eine bonapartistische bürgerliche Regierung, welche, die allgemeinen Interessen der Bourgeoisisie verteidigend, sich auf das Gleichgewicht zwischen Bourgeoisisie und Massen stützt. Derart gewinnt sie eine relative Unabhängigkeit. In seinem Artikel: "Die Arbeiterverwaltung in der nationalisierten Industrie", schrieb Leo Trotzki, die Regierung Cardenas analysierend: "Die Regierung pendelt zwischen dem auswärtigen Kapital und dem einheimischen Kapital, zwischen der schwachen nationalen Bourgeoisisie und dem relativ starken Proletariat. Das verleiht dieser Regierung einen bonapartistischen Charakter eigener Art. Sie erhebt sich sozusagen über die Klassen. In Wahrheit kann sie nur regieren,.... indem sie mit dem Proletariat manövriert, ihm dabei Konzessionen macht und so die Möglichkeit erhält, gegenüber dem ausländischen Kapital eine gewisse Unabhängigkeit zu gewinnen." Die Regierung Arbenz gehört zu dieser Kategorie.

Der Unterschied zwischen der heutigen Regierung und jener von Arevalo besteht darin, daß die Regierung Arbenz einem viel stärkeren Druck des Volkes unterworfen ist. Das zwingt sie, viel größere Zugeständnisse an die Arbeiter zu machen. In seinem schon zitierten Bericht

entdeckte Fortuny einen Großteil der Wahrheit, wenn er sagt: "Das neue Kräfteverhältnis und der Regierungswechsel sind charakterisiert durch eine viel bedeutendere Organisierung und Mobilisierung des Volkes...., was der Regierung Arbenz ermöglicht, eine größere Unabhängigkeit zu zeigen."

Wir dürfen natürlich keinerlei Illusionen nähren über die anti-imperialistischen Fähigkeiten der Bourgeoisie von Guatemala und infolgedessen ihrer Regierung. Derselbe Fortuny sagt darüber: "Die Tatsache, daß ein kleiner Teil der Bourgeoisie Widerstand gegen den Imperialismus und selbst Bereitschaft zur Verteidigung der nationalen Souveränität zeigt, verhindert nicht, daß die schwache Bourgeoisie im allgemeinen nicht fähig ist, die nationalen Interessen zu verteidigen, weil sie ihre Beziehungen zum Imperialismus über die Interessen der Nation stellt."

Eine Regierung wie die Regierung Arbenz hat lediglich vorübergehenden Charakter infolge ihrer Rolle als Faktor eines instabilen sozialen Gleichgewichtes. Entweder wird sie vom Imperialismus und der einheimischen Feudalbourgeoisie gestürzt, oder sie macht einer Arbeiter- und Bauernregierung, d.h. einer Regierung aus der KP, der Allgemeinen Arbeiter-Konföderation und der Nationalen Bauernkonföderation, Platz, einer Regierung, die das Land tatsächlich vom Imperialismus befreien und die Agrarreform vollenden würde. Es ist klar, daß die revolutionären Marxisten Guatemalas unermüdlich für die letztere Lösung kämpfen müssen.

Bis dahin besteht unsere Aufgabe darin, die Regierung Arbenz mit den Waffen in der Hand gegen alle Angriffe der proamerikanischen Konterrevolution zu verteidigen. Das heißt natürlich nicht, daß wir die geringste politische Unterstützung geben, daß wir ihre Grenzen und ihren Eintagscharakter vertuschen oder Illusionen über ihre Fähigkeit den anti-imperialistischen Kampf zu führen, verbreiten. Das ist es nämlich, worin sich die revolutionären Marxisten von den opportunistischen Bürokraten wie Fortuny unterscheiden: die ersteren sagen den Arbeitern die Wahrheit, bereiten sie vor, diese Regierung gegen die Reaktion zu verteidigen und sie durch ihre eigene Regierung zu ersetzen; die zweite betrügen die Arbeiter, desorientieren sie und verhindern so, daß sie sich auf die eine wie die andere Aufgabe vorbereiten.

Übersetzung aus
"Quatrième Internationale"
Nr. 3-5, (März-Mai) 1954

(Schluß folgt)

BEVAN NEUERLICH IN OPPOSITION

Bald sind es drei Jahre, daß Bevan seinen oppositionellen Kampf gegen die Führung der Labour Party aufgenommen hat, vor allem in innenpolitischen Fragen, wo die LP-Führung die Masseninteressen den Interessen der imperialistischen Kriegsvorbereitung aufopferte. Seither stützt sich der linke Flügel auf die politischen Sektionen der Partei. Die Rechten konnten aber dank der Macht des Apparates die Führung in der Hand behalten.

Nun hat Bevan einen neuen Kampf aufgenommen. Diesmal sind es außenpolitische Fragen - die deutsche Wiederbewaffnung und die Politik im Fernen Osten - die er aufgreift. Obwohl sich seine Opposition mitunter in mehr als bestreitbaren Formulierungen ausdrückt (über Deutschland drückt er sich auf eine chauvinistische Art aus), stellt sie doch den Widerstandswillen der breiten Massen gegen die Kriegspolitik des amerikanischen Imperialismus dar.

Nachdem es über die Haltung der politischen Sektionen der Partei keinen Zweifel geben kann, haben einige große Gewerkschaften (Metall, Angestellte, Schiffsbauer) und die Kooperativen (Konsumvereine, angeschlossen der L.P.) eine der Bevanschen gleichartige oder benachbarte Haltung gegenüber der deutschen Wiederaufrüstung eingenommen.

Es besteht ziemlich große Wahrscheinlichkeit, daß Bevan auf dem kommenden Parteitag im September in dieser Frage den Sieg davontragen wird. Die Frage der Führung wird also noch komplizierter werden. Der rechte Flügel - der Hand in Hand mit dem gemäßigten Flügel der Konservativen geht - würde gerne eine Spaltung herbeiführen, um den Sieg des linken Flügels zu verhindern. Aber selbst in der Spitze der Partei gibt es einen Versöhnlerflügel, der wahrscheinlich befürchtet, daß eine Spaltung, nachdem sie die L.P. geschwächt hat, dem linken Flügel zu einem neuen politischen Fortschritt und mächtigeren Positionen führen könnte.

Morrisson, der große "Spezialist" für Wahlen, hat Bevan angegriffen und ihm vorgeworfen, daß sein Kampf der L.P. Stimmen koste. Die jüngsten Gemeindewahlen haben jedoch schnell widerlegt, was Morrisson und mit ihm einige Gewerkschaftsführer behaupteten.

Der nächste Parteitag der L.P. im September wird große Bedeutung haben, sowohl für die englische Politik als auch für die internationale Situation. Ein Sieg des linken Flügels würde ein harter Schlag für die imperialistischen Kriegsbrandstifter sein.

"Quatrième Internationale", Nr. 3-5 (März-Mai) 1954.